



Beziehungen zur EU «normalisieren»: CVP-Magistratin Leuthard.

Vorwärts zum Rahmenabkommen

Nach dem angekündigten Rücktritt von Aussenminister Didier Burkhalter will Bundespräsidentin Doris Leuthard das umstrittene Rahmenabkommen mit der EU unter Dach und Fach bringen.

Von Hubert Mooser

Es war ein Paukenschlag, der auch Bundespräsidentin Doris Leuthard unerwartet traf. Als ihr der Chef des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Bundesrat Didier Burkhalter, am Dienstagabend letzter Woche ankündigte, er müsse sie am Mittwochmittag kurz sehen, dachte die CVP-Bundesrätin, Burkhalter wolle mit ihr Details zur bevorstehenden EU-Debatte im Bundesrat besprechen. Seit Leuthard zu Jahresbeginn angekündigt hat, dass sie in ihrem Präsidentschaftsjahr die Beziehungen zur EU «normalisieren» wolle, arbeiten die Bundespräsidentin und der Aussenminister besser zusammen als auch schon.

Es kam anders: Burkhalter stand pünktlich wie vereinbart bei Leuthard auf der Matte, drückte ihr sein Kündigungsschreiben in die Hand und rauschte gleich wieder davon. Um 14 Uhr hatte er einen weiteren Termin. Er traf

sich mit den Präsidenten von National- und Ständerat, denen er ebenfalls ein Exemplar des Rücktrittsschreibens aushändigte. Es sei Burkhalter ein Anliegen gewesen, das Wahlgremium des Bundesrates korrekt über seinen Rücktritt zu informieren, sagt Nationalratspräsident Jürg Stahl.

Burkhalters Herzensanliegen

Wie weiter? Im Parlament und in der Öffentlichkeit ist durch den unvermittelten Abgang Burkhalters der Eindruck entstanden, mit der Demission des Aussenministers sei der Zankapfel Rahmenvertrag vom Tisch. Seit Didier Burkhalter 2012 das EDA von SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey übernommen hat, steht der Neuenburger für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen und für ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU.

Prompt lief, nachdem er seinen Rücktritt verkündet hatte, auf allen Kanälen die gleiche Seifenoper: Burkhalter gehe, weil er keine Mehrheit für seinen Rahmenvertrag gefunden habe.

Das lag wohl auch an der Skepsis, welche FDP und CVP diesbezüglich in den letzten Wochen an den Tag gelegt hatten. Die Präsidentin des Freisinns, Petra Gössi, hatte in den letzten Wochen wiederholt kritisiert, der Bundesrat habe bisher keine Erklärung geliefert, weshalb und wozu man die seit Anfang 2014 laufenden Verhandlungen über ein Rahmenabkommen jetzt dringend unter Dach und Fach bringen müsse. Sie selber sehe keinen Grund zur Eile. Auch die Wirtschaft sei sehr zurückhaltend bei diesem Geschäft. «Wir sollten zuerst einmal abwarten, was sich beim Brexit zwischen Grossbritannien und der EU tut», sagt Gössi.

Auch CVP-Präsident Gerhard Pfister ist der Meinung, man müsse in dieser Angelegenheit vorerst gar nichts tun. «Zuerst sollten wir ein paar europapolitische Abstimmungen abwarten», rät der Zuger Nationalrat. Zu diesen zählt er die Abstimmung über die Selbstbestimmungsinitiative der SVP, die Ende 2018 oder Anfang 2019 zur Abstimmung kommen wird. Dieses Volksbegehren verlangt den Vorrang der Bundesverfassung vor völkerrechtlichen Verträgen.

Die pointierten Stellungnahmen Gössis und Pfisters sind nicht zuletzt parteitaktisch motiviert. Burkhalter selber sagte bei seiner Rücktrittsankündigung allen, die es hören wollten: Der Bundesrat habe europapolitisch nicht die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse vor Augen, er richte seine Politik auf künftige Generationen aus. Mit anderen Worten: Der Bundesrat arbeitet weiter am Rahmenvertrag, ungeachtet der herrschenden politischen Stimmung im Lande.

Leuthard führt Regie

Es ist offenkundig Bundespräsidentin Doris Leuthard, die jetzt im Europa-Dossier Regie führt. CVP-Parteichef Pfister relativiert: Leuthard wolle keinen Rahmenvertrag um jeden Preis. Sie wolle in einzelnen blockierten Dossiers substanzielle Erfolge erzielen. Zum Beispiel eine Weiterentwicklung des Abkommens über den Abbau technischer Handelshemmnisse, das für die Schweizer Industrie von grosser Bedeutung ist. Vor ihrer Fraktion, beim Essen nach dem Fraktionsausflug, liess sie aber unmissverständlich durchblicken, dass in Sachen EU-Politik jetzt etwas laufen müsse. Im trauten Gespräch mit CVP-Politikern merkte sie gleichzeitig an: Auch wenn der Vertrag bis Ende Jahr fertig verhandelt sei, werde die Paraphierung des Abkommens, also die Billigung des Vertrags, daraufhin noch etliche Monate dauern.

Anders als es diverse Zeitungen in den letzten Tagen beschrieben haben, ist die Mehrheit im Bundesrat immer noch für ein Rahmenabkommen. Leuthard ist dafür, Burkhalter sowieso, ferner auch Innenminister Alain Berset und Justizministerin Simonetta Sommaruga. Sogar Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann stemmt sich dem Vernehmen nach nicht kategorisch gegen einen Rahmenvertrag – er will aber nicht den Europäischen Gerichtshof als Streitschlichtungsinstanz.

Die Generallinie ist fixiert

Der Rahmenvertrag, wie von Burkhalter in den grossen Linien skizziert, werde keine wesentlichen Veränderungen erfahren, heisst es in Bern. An der dynamischen Übernahme von EU-Recht soll festgehalten werden, in Streitfällen entscheidet der Europäische Gerichtshof (EuGH). Neu dazugekommen ist in den letzten Wochen, dass nach einem Entscheid des EuGH gegen die Schweiz bei der Streitbeilegung allfällige Sanktionen der EU vor einem internationalen Schiedsgericht angefochten werden können.

Dass das Rahmenabkommen ein schwieriger Brocken sei, habe er immer gewusst, sagte Burkhalter vor den Medien in Bern. Wie heikel das Thema tatsächlich ist, bekam er letztmals in der Sitzung des bundesrätlichen EU-Ausschusses zu spüren. Diesem Gremium gehören Aussenminister Burkhalter, Wirtschaftsminister Schneider-Ammann und Justizministerin Som-

«Zuerst sollten wir ein paar europapolitische Abstimmungen abwarten.»

maruga an. Die Sitzung fand am 9. Juni statt, zwei Tage bevor die fast schon legendäre Welle über den Aussenminister hereinbrach, die ihn zum Rücktritt motiviert habe. Die Gespräche im EU-Ausschuss seien sehr «animiert» gewesen, sagen gutinformierte Kreise.

Burkhalters Informationschef Jean-Marc Crevoisier betont auf Anfrage, dies sei beim Europa-Dossier nicht ungewöhnlich. Diesmal war die Situation aber besonders vertrackt. Es gab Zoff zwischen Schneider-Ammann und Sommaruga wegen der Verordnung zur Masseneinwanderungsinitiative. Die zweite Konfliktlinie verlief zwischen Sommaruga und Burkhalter über das anzuschlagende Tempo beim Rahmenabkommen. Sommaruga möchte auf die Bremse treten, weil sie sich wegen der bevorstehenden Verhandlungen über die roten Linien zum Rahmenvertrag Sorgen mache, sagen bundesratsnahe Kreise.

Konkret geht es Sommaruga um die Unionsbürgerrichtlinie. Diese Bestimmung ist für den Bundesrat inakzeptabel, weil er den Bürgern der am Binnenmarkt partizipierenden Staaten weitgehende Rechte einräumt. Sommaruga

habe kein Interesse daran, dass die Abstimmungskampagne über die SVP-Selbstbestimmungsinitiative mit einer politisch aufgeladenen Debatte über die Unionsbürgerrichtlinie und fremde Richter zusätzlich belastet werde. Nicht nach Burkhalters Geschmack war zudem die Tatsache, dass der Bundesrat weitere Kohäsionszahlungen an die EU von effektiven Verhandlungsfortschritten abhängig machen will. Burkhalter wolle der EU die Zahlung von weiteren 1,3 Milliarden Franken melden, sobald eine Deblockierung in allen relevanten Dossiers festgestellt werden könne.

Ignazio Cassis: Weile statt Eile

Inwiefern verändert die Demission Burkhalters die europapolitische Marschroute des Bundesrats? Man darf sich keine Illusionen machen. Wer immer auf den scheidenden Neuenburger Magistraten folgt, er oder sie wird die momentanen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nicht grundlegend verändern. Der Tessiner Nationalrat und FDP-Fraktionschef, Ignazio Cassis, umschiffert elegant die Frage, ob es einen Rahmenvertrag brauche. «Es gibt keinen Grund und keinen zeitlichen Druck, das institutionelle Abkommen nun voranzutreiben», sagt Cassis. «Der Bundesrat muss sich vielmehr auf die Lösung von Problemen konzentrieren, die in unserem Interesse sind.»

Sollte dereinst ein Verhandlungsergebnat vorliegen, so werde dieses gemäss den roten Linien der FDP geprüft. Worauf Bundesrats-Kronfavorit Cassis anspielt: Ein Entscheid des EuGH dürfe nicht zu einer automatischen Kündigung eines bilateralen Abkommens führen. Der EuGH solle nur EU-Recht in den Abkommen auslegen dürfen. Und der Fortbestand bisheriger Verträge müsse garantiert werden.

Ein anderer FDP-Bundesratsanwärter – wenn nicht für Burkhalter, dann für Schneider-Ammann –, der Appenzeller Ständerat Andrea Caroni, ist ebenfalls nicht grundsätzlich gegen ein solches Abkommen. Er macht seine Zustimmung aber vom Inhalt abhängig. «Ich bin gerne bereit, den bilateralen Weg weiterzuentwickeln, aber nur, wenn es für uns stimmt», sagt er. Im Luftverkehrsabkommen habe die Schweiz den EuGH bereits akzeptiert. Sein Ideal sei ein Schiedsgericht, in dem beide Parteien Einsitz nähmen.

Der Zürcher FDP-Nationalrat und Aussenpolitiker Hans-Peter Portmann vertritt die Auffassung: «Solange nicht bekannt ist, wie die Lösung zwischen der EU und Grossbritannien aussieht, darf die Schweiz keine neuen Verpflichtungen mit der EU eingehen.» Ein Gericht, das nicht paritätisch zusammengesetzt sei und das abschliessend Sanktionen verhängen könne, sei für die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie inakzeptabel. Die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter ist glasklar in ihrer Antwort: Nein, es brauche keinen Rahmenvertrag. ○

DIE SCHÖNSTEN ORTE DER WELT

Mitzpe Ramon
Pierre Heumann, Nahostkorrespondent

Mitzpe Ramon ist wohl eine Feriendestination in Israel, von der Sie noch nicht gehört haben. Schade – vor allem dann, wenn Sie die Wüste mögen, gerne in der Einöde wandern, zur Erholung vom Alltagsstress in der Einsamkeit Velo fahren wollen oder es lieben, im Geländewagen archaisch anmutende Landschaften und farbige Sandsteinschichten zu bestaunen. Immer wieder führen die Wege zum Machtesch Ramon, dem Erosionskrater, der als grösster der Welt gilt. Hier findet sich, was im Orient sonst so selten ist: Ruhe, Musse und Gelassenheit.

